

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

NIEDERSACHSEN

S I C H E R

S O Z I A L

G E R E C H T

Impressum

Herausgeber:

DGB-Bezirk Niedersachsen – Bremen – Sachsen-Anhalt

Otto-Brenner-Str. 7

30159 Hannover

bezirk.nds-hb-lsa@dgb.de

www.niedersachsen-bremen-sachsenanhalt.dgb.de

verantwortlich: Hartmut Tölle

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Für einen aktiven Staat

Niedersachsen braucht eine wachstumsorientierte Haushaltspolitik

Niedersachsen braucht eine Politik, die das wirtschaftliche Fundament unseres Bundeslands festigt, Arbeitsplätze sichert und den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärkt. Die niedersächsische Landespolitik hat die Chance dieses Fundament jetzt zu gestalten, da sich die Haushaltslage entspannt und zurzeit die Zinsen für Kredite zur Finanzierung von Zukunftsinvestitionen einen Tiefstwert erreicht haben.

Ziel der Finanz- und Wirtschaftspolitik der Landesregierung muss sein, den Wohlstand in Niedersachsen in einer Weise zu sichern und zu stärken, so dass alle Menschen der heutigen sowie zukünftigen Generationen daran angemessen teilhaben können. Niedersachsen braucht deshalb eine wachstumsorientierte Ausgabenpolitik und Zukunftsinvestitionen, die die Binnenkonjunktur stärken und die positive wirtschaftliche und konjunkturelle Entwicklung verstetigen. Nur so kann die Wirtschaft wachsen, können Infrastruktur und Staatsvermögen vor Erosion geschützt, Arbeitsplätze geschaffen und ein sozialer Ausgleich sichergestellt werden.

Die Vergangenheit hat gezeigt, dass eine restriktive Haushaltspolitik kontraproduktiv ist. Unterlassene öffentliche Investitionen haben sich potenziert und verursachen ungleich höhere soziale Folgekosten, beispielsweise wegen Bildungsmängeln, Kriminalität und Ghettabildung. Sie schädigen die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts. Gleichzeitig hat die Haushaltskonsolidierung zu Lasten von Investitionen das niedersächsische Staatsvermögen erheblich reduziert und die Zukunftsfähigkeit des Landes geschädigt. Nachhaltig ist, heute zu investieren statt morgen mit weit höheren Kosten zu reparieren.

Die Landesregierung muss die strukturelle Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte dringend beenden, damit das Land seinen Aufgaben und seiner Verantwortung umfassend gerecht werden kann. Dazu sind die Ausgaben des Landeshaushalts jährlich gestuft um 700 Mio. Euro aufzubauen. Diese Mittel werden dringend benötigt, um u. a. die öffentliche Infrastruktur zu sanieren, die innere Sicherheit zu gewährleisten, mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, die Zahl junger Menschen ohne Ausbildung zu verringern, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen, die Bildung zu verbessern und den öffentlichen Dienst leistungsfähig zu gestalten, indem Bezahlung und Personalausstattung verbessert werden. Gleichzeitig setzen öffentliche Ausgaben Wachstumsimpulse und stärken die Binnenkonjunktur.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht stabile Einnahmen

Die Handlungsfähigkeit eines aktiven Staates basiert auf stabilen Einnahmen. Einen Magerstaat können und dürfen wir uns nicht leisten. Die öffentliche Daseinsvorsorge ist derzeit unterfinanziert. Nur durch eine Stärkung der Einnahmeseite kann dauerhaft der strukturellen Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte entgegengewirkt werden. Dazu müssen z.B. die größten Vermögen wirksam besteuert werden und es braucht eine verfassungsfeste Erbschaftsteuer, die bestimmte Vermögensarten nicht weiter privilegiert. Auch eine Finanztransaktionssteuer ist längst überfällig. Die Landesregierung muss alle Möglichkeiten nutzen, um auf Bundesebene eine sozial gerechte Stärkung der Einnahmenseite zu erreichen.

Das Land trägt auch die Verantwortung für eine effektive Steuerverwaltung. In den vergangenen 5 Jahren hat die Steuerfahndung in Niedersachsen 853 Millionen Euro hereingeholt. Weil Steuerrecht nur dann wirksam werden kann, wenn es durchgesetzt wird, muss die Landesregierung den Personalstand im Bereich der Steuer- und Finanzverwaltung deutlich erhöhen. Jeder Steuerprüfer und jede Steuerprüferin bringt dem Land jährlich bis zu 827.000 Euro an Einnahmen. Aufgrund des altersbedingten Ausscheidens von vielen Finanzbeschäftigten müssen die Ausbildungskapazitäten an der Steuerakademie Niedersachsen deutlich erhöht werden, um mindestens 1.000 Stellen aufzubauen.

Niedersachsen braucht finanzpolitische Gestaltungsspielräume

Eine Fixierung auf die „schwarze Null“ ist eine Absage der Politik an ihre eigene Gestaltungsfähigkeit. Die Schuldenbremse ist zwar mittlerweile eine bindende bundesrechtliche Rahmenbedingung, aber volkswirtschaftlich unsinnig. Niedersachsen muss dringend Gestaltungsspielräume entwickeln und nutzen, damit die Schuldenbremse nicht zur Zukunftsbremse wird. Die Parteien sind aufgefordert, auf die Abschaffung der grundgesetzlich verankerten Schuldenbremse hinzuwirken. Eine Aufnahme der Schuldenbremse in die Landesverfassung lehnen wir strikt ab.

Niedersachsen braucht Zukunftsinvestitionen

Staatsausgaben sind ein wichtiger Teil der Binnennachfrage. Es ist schädlich, dass nicht zuletzt mit dem Verweis auf die Schuldenbremse dringend benötigte Investitionen in Infrastruktur, aber auch in Innovationen, Bildung und sozialen Ausgleich unterbleiben. Niedersachsen schiebt einen gigantischen Investitionsstau vor sich her. Mit einer Investitionsquote von 4,8 Prozent der Ausgaben ist das Bundesland bundesweit Schlusslicht. Drängende Infrastrukturprojekte müssen unter Beachtung ökologischer Gesichtspunkte realisiert werden, um die Wachstumschancen der niedersächsischen Wirtschaft zu verbessern. Der Investitionsbedarf liegt alleine bei Landesbauten und -straßen bei 5 Mrd. Euro. Der entspre-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

chende Haushaltsansatz ist als Sofortmaßnahme jährlich aufbauend um 150 Mio. Euro pro Jahr zu steigern. Ein größeres Engagement braucht auch die Netzinfrastruktur: Ein Breitband-Universaldienst muss eine flächendeckende Versorgung gewährleisten. Für die öffentliche Förderung der Tourismusinfrastruktur ist ein gesondertes Strukturprogramm sinnvoll. Für das kommende Haushaltsjahr wären dazu zusätzlich insgesamt 500 Mio. Euro alleine für die Investitionen in die Infrastruktur erforderlich. Um den Investitionsstau aufzulösen, müssen die Ausgaben in den Folgejahren stufenweise weiter steigen.

Niedersachsen braucht eine Privatisierungsbremse

Privatisierungen sind grundsätzlich abzulehnen. Die öffentliche Daseinsvorsorge muss politisch garantiert werden. Öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht privaten Kapital- und Wirtschaftsinteressen unterworfen werden. Deshalb ist eine Privatisierungsbremse in der Landesverfassung zu verankern. Zudem muss der landesrechtliche Rahmen angepasst werden, so dass es den Kommunen möglich wird, eine Privatisierungsbremse in ihrer Hauptsatzung zu installieren.

Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) transparent zu planen, durchzuführen und zu überwachen, stößt immer wieder auf rechtliche und politische Hürden. Auch stellen sich solche Projekte im Regelfall unwirtschaftlicher heraus als eine rein öffentliche Lösung. Die Landesregierung ist aufgefordert, ÖPP nur bei vollständiger Einhaltung strenger Kriterien in Erwägung zu ziehen. Die auf privater Seite beteiligten Unternehmen müssen bereit sein, Verträge und Gewinnmargen umfassend offenzulegen. Garantierte Mindestrenditen für die auf privater Seite beteiligten Unternehmen darf es nicht geben. Die Einhaltung von Tarif- und Sozialstandards ist zu gewährleisten.

Niedersachsen braucht starke Landesbeteiligungen

Unternehmen, die sich teilweise in Landeseigentum befinden, sind für Niedersachsen von großer wirtschaftlicher und politischer Bedeutung. So haben sich beispielsweise Volkswagen, die Salzgitter AG, die NordLB, die Messe AG und der Flughafen Hannover-Langenhagen als Erfolgsmodelle sowohl hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit wie auch der Umsetzung von Guter Arbeit und Mitbestimmung erwiesen. Die Landesregierung muss diese Beteiligungen sichern sowie industrie- und strukturpolitisch nutzen.

Niedersachsen braucht starke Häfen

Deutschland ist eine Handelsnation mit einer auf den Export ausgerichteten Wirtschaft. Mehr als 40.000 direkt und indirekt beschäftigte Menschen wickeln in den niedersächsischen Häfen rund ein Fünftel aller deutschen Im- und Exporte ab. Zur Sicherung und zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

der niedersächsischen Seehäfen ist eine verlässliche und ausreichende Finanzierung durch die Landesregierung sicherzustellen. Hierzu gehört neben dem dringend erforderlichen Ausbau der seewärtigen Anbindung vor allem der Ausbau der Hafenhinterland-Verbindungen als Schlagadern der niedersächsischen Seehäfen. Die Landesregierung hat den Ausbau der maritimen Infrastruktur voranzutreiben, um so der Gefahr der Umlenkung von Warenströmen entgegenzutreten.

Gute Arbeit muss auch im Hafen umgesetzt werden. Aufgrund der besonderen Herausforderungen braucht Niedersachsen ein Gesamthafenbetriebsgesetz zur tarifgerechten Absicherung von Arbeitskräften, wie es bereits in Hamburg und Bremen existiert, um Schwankungen im Aufkommen auszugleichen.

Niedersachsen braucht lebenswerte und handlungsfähige Kommunen

Niedersachsen braucht handlungs- und zukunftsfähige Kommunen, die allen Menschen eine ökonomische, soziale, kulturelle und politische Teilhabe und ein gutes Leben ermöglichen. Die niedersächsischen Kommunen brauchen deshalb eine breitere finanzielle Basis, damit sie ihre Aufgaben in der öffentlichen Daseinsvorsorge erfüllen können. Neue Aufgaben müssen den Grundsatz der Konnexität beachten. Die Landesregierung muss Ausgleichsmechanismen stärken, Kommunen von Kassenkrediten entlasten und den kommunalen Finanzausgleich erhöhen. Ein Entschuldungsprogramm mit fairen Entschuldungsregeln sowie verbesserten Einnahmen muss Kommunen vor der Verschuldungsspirale schützen. Die Landesregierung muss sich in den Neuverhandlungen für einen Länderfinanzausgleich einsetzen, der Gebietskörperschaften nicht schlechter stellt, sondern auf solidarische Weise mehr Mittel in das System der Finanzbeziehungen bringt. Außerdem ist die Gewerbesteuer als wichtigste Gemeindesteuer zu stärken und zu einer umfassenden Gemeindefinanzsteuer weiterzuentwickeln, in die alle Gewerbebetriebe, Selbständige und FreiberuflerInnen einbezogen sind.

Für eine geordnete Wirtschaft

Niedersachsen braucht Tarifautonomie und Mitbestimmung

Die Landesregierung muss offensiv darauf hinwirken, dass Arbeitgeber tarifgebunden sind. Der Erhalt der Tarifautonomie muss ein zentrales Anliegen gegenüber Bundesregierung und der Europäischen Union sein. Außerdem muss das Land in seinem Wirkungsbereich Tarifbindung zu einem obligatorischen Standard machen. So sollte es grundsätzlich nur Unternehmen fördern, die sich an Tarifverträge halten.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Über das Betriebsverfassungsgesetz verfügen die Beschäftigten durch ihre Betriebs- und Personalräte über Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte in der Arbeitswelt. Dieses Erfolgsmodell muss weiter ausgebaut werden. Betriebsratswahlen dürfen nicht weiter verhindert werden. Der Arbeitnehmerbegriff muss an betriebliche Realitäten angepasst werden, da die Zahl „arbeitnehmerähnlicher Personen“ stetig wächst. Rechtliche Lücken im deutschen Mitbestimmungsrecht sind zu schließen, damit sich Kapitalgesellschaften nicht mehr der Unternehmensmitbestimmung entziehen können. Deshalb muss die Landesregierung durch ihre landespolitischen Aktivitäten die Strukturen der Mitbestimmung stärken und im Bundesrat für zukunftssichere Rahmenbedingungen aktiv werden.

Niedersachsen braucht eine starke selbstverwaltete Landwirtschaftskammer

Die Landwirtschaft in Niedersachsen ist ein starker Wirtschaftsfaktor und ein wichtiger Arbeitgeber im ländlichen Raum. Eine nachhaltige Landwirtschaft darf sich nicht nur an ökologischen Kriterien orientieren, sondern muss auch auf gute Arbeits- und Entgeltbedingungen setzen. Vor diesem Hintergrund übernimmt die niedersächsische Landwirtschaftskammer wichtige Aufgaben. Als Einrichtung des Kammerystems muss sie dringend weiter gestärkt werden. Für ihre dauerhafte Handlungsfähigkeit sind ausreichende Finanzierungen sowie die Prinzipien der Selbstverwaltung elementar. Auch vor dem Hintergrund ansteigender Beschäftigungszahlen in der Landwirtschaft sind die Beteiligungsstrukturen für ArbeitnehmerInnen bis zur Parität zu erweitern. Zudem muss die Landesregierung die Finanzierung der Kammeraufgaben für die gut 100.000 ArbeitnehmerInnen im Agrarbereich mittel- bis langfristig sicherstellen, sowie eine verlässliche Planungsgrundlage für alle weiteren Kammerbereiche gewährleisten.

Niedersachsen braucht faire Vergaben

Öffentliche Aufträge stellen einen so bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar, dass durch faire Vergaberegulungen ein deutliches Signal für Gute Arbeit in die gesamte Wirtschaft gesendet wird. Die Landesregierung muss das niedersächsische Tariftreue- und Vergabegesetz entsprechend weiterentwickeln. Anpassungen, die das Gesetz verwässert und geschwächt haben, muss sie rückgängig machen. Zum Beispiel müssen Schwellenwerte gesenkt und der freigestellte Schülerverkehr wieder an die repräsentativen Tarifverträge gebunden werden. Die Kontrollmöglichkeiten sind deutlich auszuweiten. Die Landesregierung muss eine zentrale Kontrollkommission einrichten, die die Einhaltung des Gesetzes überwacht und ggf. wirksame Sanktionen verhängt.

Die Abschaffung des vergabespezifischen Mindestlohns war ein Fehler. Er stabilisiert die Tarifbindung und legt die Basis dafür, dass Beschäftigte, die im öffentlichen Auftrag arbeiten, tarifliche Löhne erhalten. Die Landesregierung ist aufgefordert, ihn wieder einzuführen. Ein vergabespezifischer Mindestlohn

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

hat den branchenüblichen Entgelteinkommen zu entsprechen und damit für angemessenere Wettbewerbsbedingungen zu Gunsten der Unternehmen sorgen, die sich an die Tarifverträge der jeweiligen Branche halten.

Des Weiteren darf die Landesregierung öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben, bei denen die Mitwirkungsrechte der Belegschaften und Betriebsräte eingehalten werden. Betriebe, die die Arbeit von Betriebsräten behindern bzw. die Gründung von Betriebsräten sabotieren, sind grundsätzlich von der Vergabe auszuschließen. Auch dürfen keine Geschäftsmodelle durch mögliche öffentliche Aufträge unterstützt werden, die systematisch Unternehmensteile aus dem Stammbetrieb auslagern, um der Mitbestimmung durch die Beschäftigten zu entgehen.

Niedersachsen braucht eine starke Gewerbeaufsicht

Die Gewerbeaufsicht hat eine überaus wichtige Funktion für die Einhaltung von Vorschriften des Arbeits-, Umwelt- und Verbraucherschutzes. Nur wenn die Einhaltung von Regelungen überprüft wird, kann ihre lückenlose Umsetzung gewährleistet sein. Die Landesregierung muss die Personalausstattung der Gewerbeaufsichtsämter deutlich verbessern, damit diese den ihnen gesetzlich zugewiesenen Kontrollfunktionen in vollem Umfang nachkommen können.

Ob Mindestlöhne und Regelungen beim Arbeits- und Gesundheitsschutz eingehalten werden, wird leider in vielen Branchen nicht ausreichend geprüft. Daher sollte sich die Landesregierung über den Bundesrat für mehr Personal und für intensivere Kontrollen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit einsetzen.

Niedersachsen braucht das Netzwerk für mobile Beschäftigte

Mobile Beschäftigte sind Staatsangehörige aus anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union, die sich im Rahmen temporärer Arbeitsmigration vorübergehend in Niedersachsen aufhalten, um hier zu arbeiten. Sie sind besonders gefährdet für Ausbeutung, prekärer Beschäftigung und Niedriglöhnen bis hin zur Lohnunterschlagung und – im Extremfall – Menschenhandel betroffen zu sein. Zwar bietet die überwiegende Mehrzahl der Arbeitgeber ihren Beschäftigten akzeptable Arbeitsbedingungen und faire Löhne. Allerdings zeigen die Erfahrungen, dass es eine nicht zu unterschätzende Zahl von Unternehmen gibt, die gegen gute Arbeits- und Entgeltbedingungen verstoßen. Mitunter existieren kriminelle Strukturen, die eine systematische Ausbeutung der Beschäftigten betreiben.

Für die Betroffenen ist eine qualifizierte Beratung, auch in ihrer Muttersprache, unverzichtbar. Durch das Beratungsnetzwerk für mobile Beschäftigte wurden wichtige Anlaufstellen für die Beschäftigten durch das Land aufgebaut und etabliert. Dieses Angebot muss nun verstetigt und ausgebaut werden.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Für die Zielgruppe der Menschen mit Fluchthintergrund müssen in dieser Struktur neue Beratungskapazitäten aufgebaut werden. Außerdem ist es dringend erforderlich, dauerhafte Schwerpunktstaatsanwaltschaften und polizeiliche Sonderermittlungseinheiten zur Verfolgung der Ausbeutung von Beschäftigten einzurichten.

Niedersachsen braucht die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt

Die Arbeitswelt verändert sich rasant. In der Digitalisierung liegen Chancen, allerdings auch Herausforderungen und Risiken, insbesondere für die Beschäftigten. Die neue Landesregierung muss dem Ausbau der digitalen Infrastruktur eine hohe Bedeutung einräumen. Gleichzeitig braucht Niedersachsen einen Fahrplan für die Gestaltung der digitalen Arbeitswelt im Sinne von Guter Arbeit. Die Landesregierung muss sich klar gegen eine Verschlechterung der Arbeitsstandards durch Flexibilisierungen positionieren. Um auf dem Zukunftsfeld der digitalen Arbeitswelt auch auf die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zurückgreifen zu können, muss die Landesregierung in Kooperation mit den Gewerkschaften, den Arbeitgeberverbänden, den Krankenkassen und der Rentenversicherung ein interdisziplinäres Institut für Arbeitsmedizin und Arbeitswissenschaften als Leuchtturm der universitären Landschaft einrichten.

Niedersachsen braucht die E-Mobilität als Zukunftstechnologie

Bei der Entwicklung umweltverträglicher und energieeffizienter Antriebs- und Fahrzeugtechnologien spielt E-Mobilität eine wichtige Rolle. Im Zuge der Elektrifizierung des Antriebs steht die Automobilindustrie mittelfristig vor großen Systemveränderungen. Die Landesregierung muss diesen Strukturwandel industriepolitisch intensiv begleiten und mit dafür Sorge tragen, dass wichtige Wertschöpfungsanteile mit entsprechender Beschäftigung und Ausbildung erhalten bleiben bzw. neu angesiedelt werden. Entsprechende Qualifizierungs-, Forschungs- und Studienangebote sind eng mit den Gewerkschaften und den betrieblichen Interessensvertretungen abzustimmen. Auch ist darauf hinzuwirken, dass die privaten Anbieter die notwendige Infrastruktur, wie ein lückenloses Netz von Schnellladestationen, für die VerbraucherInnen aufbauen.

Niedersachsen braucht eine nachhaltige Regionalentwicklung

Gleichwertige Lebensverhältnisse sind grundgesetzlich verankert. Es ist sozial gerecht, allen Menschen die Möglichkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe zu bieten. Die Landesregierung muss gemeinsam mit den Kommunen nachhaltige ökonomische Wachstumspfade für alle Regionen fördern, damit diese nicht auseinanderdriften. Dazu braucht es eine wachstumsorientierte Politik- und Förderstrategie, die neben

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

regionalen Aspekten Branchen und Wertschöpfungsketten in den Blick nimmt und dabei auf Gute Arbeit, Mitbestimmung und Tarifbindung setzt.

Niedersachsen braucht eine transparente Förderpolitik

Durch die hohe Zahl an Richtlinien und Förderschwerpunkten besteht die Gefahr, dass die Förderlandschaft unübersichtlich wird und Fördermittel nicht dort eingesetzt werden, wo sie gebraucht werden. Die NBank und die Stellen für soziale Innovation steuern hier bereits dagegen. Die Landesregierung muss diese Beratungsangebote verstetigen, um Förderungen auch für AkteurInnen interessant zu machen, die noch kein besonderes Know-how über Förderbedingungen haben. Bei der Fördermittelvergabe müssen Betriebsräte und Gewerkschaften zu Fragen betrieblicher Praxis bspw. zum Umgang mit gesetzlichen Normen konsultiert werden. Im Falle der Wirtschaftsförderung müssen Gewerkschaften als Vertreter der betrieblichen Interessenvertretungen an allen Bewilligungsgremien umfassend und mit Voterecht beteiligt werden. Gleichzeitig sind Subventionswettläufe zwischen verschiedenen Staaten, Bundesländern oder Kommunen zu verhindern. Die Landesregierung darf keine Standortverlagerungen mit Fördermitteln unterstützen. Der DGB spricht sich für eine vollständige Zusammenführung der Wirtschaftsförderung aus Landes-, Bundes- und EU-Mitteln unter dem Dach der NBank aus. Dies betrifft auch Instrumente wie Landesbürgschaften. Kleine und mittlere Unternehmen sind stärker zu berücksichtigen. Gleichzeitig braucht es weiterhin staatliche Bürgschaften im Großanlagenbau, da Kreditanstalten zum Teil ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden.

Niedersachsen braucht Kriterien Guter Arbeit in der Förderpolitik

Das Land Niedersachsen verteilt über diverse Förderrichtlinien und -programme 2 Mrd. Euro des Bundes und der Europäischen Union. Diese Förderpolitik hat eine enorme Impulswirkung und kann Standards setzen, die weit über die Programme hinauswirken. Bereits jetzt sind erste Kriterien Guter Arbeit in diversen Richtlinien verankert. Die Landesregierung muss Gute Arbeit vollumfänglich zur obligatorischen Bedingung machen, wenn öffentliches Geld ausgegeben wird. Es dürfen nur noch Unternehmen Fördermittel erhalten, die sich an den jeweiligen Branchentarifvertrag halten. Indem enge Höchstquoten für Leiharbeit und Werkverträgen eingeführt werden, muss deren Missbrauch zum Ausschluss von der Förderung führen.

Niedersachsen braucht die Energiewende

Eine effiziente Energiepolitik verbessert die Lebensbedingungen der Menschen, schützt das Klima, schafft zukunftsfähige Beschäftigungsfelder und kann so Motor für die Industriepolitik sein. Mehr Le-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

bensqualität und wirtschaftliche Prosperität sind auch mit einer Energieversorgung zu erreichen, die auf erneuerbaren Energien und Energieeffizienz basiert. Eine verantwortungsvolle Energiestrategie muss alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit – wirtschaftliche Wachstum, soziale Entwicklung und Schutz der Umwelt – berücksichtigen. Eine erfolgreiche Energiewende braucht starke Unternehmen, die mit qualifiziertem Personal innovative Produkte und Dienstleistungen ermöglichen. Wir brauchen deshalb eine industriepolitische Förderung und strukturpolitische Begleitung der Energiewende, um die Beschäftigungspotenziale und Entwicklungschancen entlang der Wertschöpfungsketten bei Industrie und Dienstleistungen heben zu können. Die Landesregierung muss sich für ein industriepolitisches Gesamtkonzept für energieintensive Branchen einsetzen. Ziel muss es sein, industrielle Kerne in allen Bereichen zu erhalten und auszubauen. Dafür braucht es Verlässlichkeit und Planbarkeit und mittelfristig mehr Dynamik beim Ausbau der Erneuerbaren Energien (insbesondere der Windindustrie), um Klimaschutzziele zu erreichen und genügend Energie für Elektromobilität zu produzieren. Wichtig ist auch ein industriepolitischer Aktionsplan für eine nachhaltige Entwicklung der Offshore-Industrie in Niedersachsen, um neu geschaffene Arbeitsplätze in diesem Bereich nicht zu gefährden. Ein zügiger Ausbau der Netze ist notwendig. Erneuerbare Energie und Gute Arbeit gehören zusammen; Ziel müssen Tarifbindung und Mitbestimmung in den Unternehmen sein.

Für ein soziales Europa

Niedersachsen braucht ein soziales Europa

Die Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist in Europa noch längst nicht überwunden. Die neoliberale Wirtschaftspolitik vergrößert durch aufgezwungene Kürzungen die Schere zwischen Arm und Reich. Die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union bröckelt. Bei Bürgerinnen und Bürgern wachsen die Zweifel an der europäischen Idee, was den Nährboden für den Aufstieg rechtspopulistischer Parteien bereitet. Um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen zu stärken, brauchen wir ein sozialeres Europa mit mehr Zusammenhalt. Deutschland hat dabei eine maßgebliche Verantwortung. Die Landesregierung muss über entsprechende Initiativen für ein soziales Europa einsetzen. Zuvorderst braucht es einen Marshallplan für Europa, der auf Investitionen und Wachstum setzt. Darüber hinaus ist ein soziales Fortschrittsprotokoll elementar. In der nächsten Revision des EU-Vertrags müssen soziale Grundrechte gestärkt werden. Hierfür sollte sich Niedersachsen über die Europaministerkonferenz der Länder mit Nachdruck einsetzen. Für die Weiterentwicklung der Automobilindustrie, die Zu-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

kunft des Maritimen Sektors sowie des Tourismus-, Umwelt- und Energiebereichs muss Niedersachsen auf der europäischen Ebene Initiativen unterstützen.

Niedersachsen braucht einen fairen Handel

Exportumsätze sind für die niedersächsische Wirtschaft von großer Bedeutung. Vom internationalen Handel hängen Millionen Arbeitsplätze ab. Vor diesem Hintergrund braucht es einen gerechten Welt- handel und eine neue Handelspolitik, die Wohlstand, Gerechtigkeit und menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt stellt. Freihandelsabkommen wie TTIP, CETA und TiSA regeln die Spielregeln der Globalisie- rung neu, die Auswirkungen werden auch die Menschen in Niedersachsen sehr direkt treffen. Die Lan- desregierung ist deshalb gefordert, sich für eine sozial gerechte und faire Architektur des internationa- len Handels einzusetzen. Freihandelsabkommen müssen der Gestaltung von offenen Märkten und frei- em Handel nach Kriterien einer fairen Globalisierung verpflichtet sein. Nur dann gewährleisten sie, dass ArbeitnehmerInnenrechte auf nationaler und internationaler Ebene erhalten und ausgebaut werden können. In der derzeit vorliegenden Form erfüllt auch CETA diese Anforderungen nicht. Nach der Ratifi- zierung durch die nationalen Parlamente, ist die Landesregierung gefordert, CETA im Bundesrat abzu- lehnen.

Für eine gesunde Umwelt

Niedersachsen braucht den Klimaschutz

Um den Klimawandel zu bändigen, muss die neue Landesregierung ihre Anstrengungen im Klimaschutz verstärken. Dabei muss sie ihrer hohen Verantwortung für den Energie- und Industriestandort Nieder- sachsen gerecht werden. Klimaschutz muss mit Zielstellungen wie Wirtschaftswachstum, sozialem Fort- schritt und Beschäftigung auf Basis von Guter Arbeit vereinbar sein und bleiben. Das Landesgesetz zum Klimaschutz, das Klimaschutzziele definiert und diesen einen Rahmen gibt, muss diese Punkte eindeuti- ger berücksichtigen. Gleichzeitig muss das Land als Vorbild vorangehen. Dies gilt für alle Einrichtungen in öffentlicher Trägerschaft, so auch für die kommunale Ebene. Die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude ist für die Einsparung von Energie von zentraler Bedeutung. Die notwendigen Kosten – auch für die Kommunen – sind durch das Land sicherzustellen.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht einen wirkungsvollen Umwelt- und Naturschutz

Die Umwelt, in der wir leben und arbeiten, stellt unsere Lebensgrundlage dar, weshalb ihr Schutz im Interesse aller Menschen und der zukünftigen Generationen ist. Die neue Landesregierung muss in Umwelt- und Naturschutzfragen verstärkt die Beschäftigten in den Blick nehmen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind wichtige Multiplikatoren und nur durch ihre Arbeit kann der Staat der Verpflichtung zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen gerecht werden. Die Umweltverwaltung muss deshalb leistungsfähig und im Land präsent sein. Der Personalstand im Umwelt- und Naturschutz sowie im Forstbereich muss aufgestockt werden, um Lücken zu schließen und die Kontrolldichte zu erhöhen. Für inhaltliche und personelle Entscheidungen darf ausschließlich Fachkompetenz handlungsleitend sein. Die Umweltbranche und der Naturschutz können als Arbeitsfeld nur auf Basis von Tarifverträgen und nach den Grundsätzen Guter Arbeit funktionieren. Das beinhaltet die freie Arbeit von Gewerkschaften genauso wie die Ablehnung prekärer Beschäftigung.

Niedersachsen braucht einen verantwortungsvollen Atomausstieg

Die Landesregierung muss die Abschaltung und den Rückbau von Atomkraftwerken gemäß den Plänen der Bundesregierung unterstützen. Beides muss mit einem umfassenden niedersächsischen Konzept einhergehen, das den langfristigen Erhalt atomtechnologischer Know-Hows für den Rückbau und die Lagerung sicherstellt. Die Beispiele Gorleben, Asse und Schacht Konrad zeigen, dass die bisherigen Rückbau- und Lagerungsstrategien aufgrund von Fehlsteuerungen und politischem Versagen gescheitert sind. Es muss eine Neubewertung von Standortrisiken geben. Die für den Rückbau zugrundeliegenden Ansätze bedürfen hinsichtlich des nunmehr vorrangigen Recyclings von Abfallstoffen einer neuen Begutachtung der Gefährdungspotenziale für die Beschäftigten auf den Recycling- und Verwertungsbetrieben als auch auf den Deponien. Gleiches gilt auch für die Bevölkerung und die Umwelt. Die Verfahren und Verordnungen sind entsprechend der neuesten Erkenntnisse der Wissenschaft stets anzupassen. Zudem muss die Endlagerung des Atommülls verantwortungsvoll erfolgen. An etwaigen Lagerstätten müssen Langzeitfolgen für die Menschen umfassend untersucht werden.

Für einen leistungsfähigen Verkehr

Niedersachsen braucht eine nachhaltige Verkehrspolitik

Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass der Verkehrssektor nachhaltig ausgestaltet wird. Schon heute steht das Straßenverkehrsnetz in einigen Bereichen aufgrund von unterlassenen Investitio-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

nen vor dem Kollaps. Dem muss dringend Abhilfe geleistet werden, indem die Landesregierung die finanziellen Mittel für den Straßenbau deutlich erhöht. Dadurch wird das Verkehrsnetz zukunftsfähig gestaltet und der Wirtschaftsstandort Niedersachsen gestärkt.

Gleichzeitig müssen Konzepte für die Verkehrsvermeidung, Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger und intelligente Verkehrsvernetzung entwickelt werden. Da der Güterverkehr stark ansteigen wird, ist eine Verlagerung von Gütertransporten auf die Wasserstraßen und das Schienennetz geboten.

Gleichzeitig muss sich die Landesregierung gegen eine Privatisierung der Infrastruktur, z.B. von Bundesautobahnen und Bundesfernstraßen, einsetzen. Der Bund muss das Eigentum an Straßen behalten.

Mobilität ist ein wesentlicher Teil der Daseinsvorsorge und darf durch privatwirtschaftliche Interessen nicht in Frage gestellt werden.

Niedersachsen braucht einen leistungsstarken Öffentlichen Personennahverkehr

Der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) soll soziale Teilhabe aller Menschen zu bezahlbaren Preisen gewährleisten – für Jüngere und Ältere, für Menschen mit und ohne Behinderung, in Städten und auf dem Land. Durch die Vermeidung emissionsintensiverer Verkehre soll er in großem Umfang zum Klimaschutz beitragen. Die Landesregierung muss angesichts seiner zentralen Bedeutung für die Bevölkerung und für hunderttausende Beschäftigte in Dienstleistungen, Industrie und Handwerk bessere Rahmenbedingungen für einen zukunftsfähigen, nachhaltigen und leistungsfähigen Öffentlichen Personennahverkehr schaffen und erhalten. Wegen der besonderen Anforderungen eines Flächenlandes braucht der ÖPNV eine feste Finanzierungsgrundlage, für die das Land in Zusammenarbeit und in Verhandlungen mit der Bundesregierung zu sorgen hat. Eine Finanzierung alleine aus Bundesmitteln ist unzureichend. Deshalb muss das Land Niedersachsen eigene Mittel bereitstellen. Der Schülerverkehr ist beispielsweise deshalb nicht aus Regionalisierungsmitteln zu finanzieren, sondern aus Landesmitteln. Die freiwerdenden Regionalisierungsmittel müssen für eine Angebots- und Qualitätsverbesserung im ÖPNV eingesetzt werden. Privatisierungen sowie Einsparungen und Kürzungen auf dem Rücken der Beschäftigten sind der falsche Weg, um auf unzureichende Finanzmittel zu reagieren. Zudem gefährden sie die Sicherheit.

Für Gute Arbeit

Niedersachsen braucht Gute Arbeit

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Erwerbsarbeit zu fairen Bedingungen dient nicht nur der Existenzsicherung, sondern auch der Anerkennung der Person und der Selbstverwirklichung. Die Schaffung Guter Arbeit für alle Menschen in Niedersachsen muss für die neue Landesregierung zentrale politische Aufgabe sein

Tarifverträge sind dafür unverzichtbare Instrumente. Ohne geltende Tarifverträge ist der Ausbeutung der Beschäftigten Tür und Tor geöffnet. Im Zuge der Deregulierung des Arbeitsmarktes sind tariflich gesicherte Normalarbeitsverhältnisse jedoch deutlich zurückgegangen. Immer mehr Beschäftigte finden nur noch prekäre Jobs mit niedrigen Löhnen, die ihnen keine Perspektive bieten. Ungleichheit und Unsicherheit haben massiv zugenommen.

Prekäre Beschäftigung hat sich in Niedersachsen stark ausgeweitet. Nach Daten des Landesamtes für Statistik hat sich die Zahl der Betroffenen von 1991 bis 2015 auf 941.000 fast verdoppelt – insgesamt 27 Prozent aller Erwerbstätigen sind davon betroffen. Dazu gehören befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitarbeit unter 20 Wochenstunden, geringfügige Beschäftigung, Leiharbeit und Soloselbständige. Zudem waren im Jahr 2014 in Niedersachsen 760.000 Menschen zu Bruttostundenlöhnen von unter 10 € und damit zu Niedriglöhnen beschäftigt.

Rund 330.000 Menschen in Niedersachsen waren im Jahr 2016 arbeitslos, deutlich mehr als im Vorjahr. Von Vollbeschäftigung ist das Bundesland weit entfernt.

Niedersachsen braucht eine offensive Beschäftigungspolitik, um Arbeitslosigkeit abzubauen und Gute Arbeit zu schaffen.

Niedersachsen braucht eine Neuordnung des Arbeitsmarktes

Das Normalarbeitsverhältnis zu Tarifbedingungen muss gestärkt werden. Die Landesregierung soll sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen deutlich vereinfacht wird und nicht mehr durch einzelne Arbeitgeberverbände blockiert werden kann. Die Leiharbeit ist endlich wirksam zu regulieren (durch Tarifverträge, Wiedereinführung des Synchronisationsverbotes und eine arbeitsplatzbezogene Höchstüberlassungsdauer). Mit der sachgrundlosen Befristung von Arbeitsverhältnissen muss Schluss sein, der Missbrauch von Werkverträgen und Soloselbstständigkeit wirksam bekämpft werden. Hierzu braucht es einen klaren gesetzlichen Kriterienkatalog sowie Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte. Auch für geringfügige Beschäftigung muss die Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro gelten.

Niedersachsen braucht einen sozialen Arbeitsmarkt

Für Langzeitarbeitslose gibt es kaum Chancen auf reguläre Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt. Gleichzeitig gibt es enorme gesellschaftliche Bedarfe zur Verbesserung der sozialen Infrastruktur, vor allem in den Bereichen Erziehung, Bildung, Pflege und Gesundheit. Daher ist ein öffentlicher Beschäfti-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

gungssektor mit fairen Bedingungen notwendig. Hier können Langzeitarbeitslose bei Kommunen und Wohlfahrtsverbänden auf freiwilliger Basis zu regulären, tariflichen Bedingungen beschäftigt werden. Diese Beschäftigung muss zusätzlich und im öffentlichen Interesse sein, so dass sie reguläre Beschäftigung nicht verdrängt. Die Landesregierung muss das von Rot-Grün gestartete Programm fortsetzen und ausbauen. Jährlich muss das Land mindestens 30 Mio. Euro hierfür bereitstellen.

Niedersachsen braucht bessere Qualifizierungsmaßnahmen für Arbeitslose

Das Ziel jeder Qualifizierung muss die vollständige Integration in den Arbeitsmarkt sein. Deshalb muss die Landesregierung bei der Fort- und Weiterbildung von Arbeitslosen nachhaltig wirksame und langfristige Maßnahmen in den Mittelpunkt stellen. Diese sollten sich auf den Erwerb von Berufsabschlüssen mit guten Perspektiven konzentrieren. Kurzfristige Maßnahmen, die keinen Erfolg auf Eingliederung in den Arbeitsmarkt garantieren, sind für die Betroffenen meistens sinnlos und schaden nur die Arbeitslosenstatistik.

Niedersachsen braucht mehr Arbeitsqualität

Der DGB-Index „Gute Arbeit“ hat sich als Instrument zur Messung der Arbeitsqualität der ArbeitnehmerInnen bewährt und ist deshalb in Zukunft weiter fortzuführen. Seine aktuellen Ergebnisse sind eindeutig: Fast zwei Drittel der Beschäftigten müssen immer mehr in der gleichen Zeit leisten. Mehr als die Hälfte arbeitet gehetzt, über ein Viertel muss permanent erreichbar sein. Das belastet das Privat- und Familienleben und kann krank machen. Insbesondere müssen die Beschäftigten und ihre Gesundheit vor überlangen Arbeitszeiten geschützt werden. Hierzu brauchen wir auch in Zukunft ein Arbeitszeitgesetz mit verbindlichen Regelungen. Weder sind Einschränkungen von Ruhezeiten noch Verlängerungen der täglichen Höchstarbeitszeit notwendig. Die Landesregierung sollte jährlich gemeinsam mit dem DGB die Arbeitsqualität im Land evaluieren und geeignete Maßnahmen zur Verminderung von physischen und psychischen Arbeitsbelastungen entwickeln.

Niedersachsen braucht eine geschlechtergerechte Arbeitswelt

Frauen sind überproportional häufig in Minijobs sowie befristeter Beschäftigung tätig und verdienen pro Arbeitsstunde durchschnittlich 22 Prozent weniger als Männer. Seit 1991 ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen zwar deutlich angewachsen, das Arbeitsvolumen blieb aber fast unverändert. Die Landesregierung muss sich für die Aufwertung frauendominierter Berufe und personennaher Dienstleistungen – auch durch entsprechende Tarifverträge – einsetzen, damit die Löhne und Gehälter steigen. In einem

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

ersten Schritt muss sie für Entgeltgleichheit und -transparenz in der Landesverwaltung sorgen und die Karrierechancen von Frauen verbessern.

Niedersachsen braucht mehr Arbeitszeitsouveränität für die Beschäftigten

Viele vollzeitbeschäftigte ArbeitnehmerInnen wünschen eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit, während viele Teilzeitbeschäftigte diese ausweiten möchten. Eine partnerschaftliche Arbeitszeitverteilung wünscht sich auch die Mehrheit der Mütter und Väter. Die Landesregierung muss sich für einen gesetzlichen Anspruch auf befristete Teilzeit und Rückkehr in Vollzeit einsetzen. Sie sollte ein Modellprojekt unter der Beteiligung der Gewerkschaften mit einem Teillohnausgleich bei befristeter Arbeitszeitverkürzung starten.

Niedersachsen braucht die Integration von Geflüchteten

Die erfolgreiche Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt ist Voraussetzung für ihre gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft. Ausbeutung muss verhindert werden. Oberstes Ziel des Arbeitsmarktzugangs von Geflüchteten müssen die Wahrung der Ordnung am Arbeitsmarkt und die menschenwürdige und gleichberechtigte Teilhabe der betroffenen Menschen an dieser Gesellschaft sein. Menschen zeitweise oder dauerhaft von Regulierungen und Mindeststandards am Arbeitsmarkt auszunehmen, um sie besser integrieren zu können, ist entschieden abzulehnen. Dass die Geflüchteten Deutsch lernen, sofern nötig Schulabschlüsse nachholen können und deren ausländische Berufsabschlüsse schneller anerkannt werden, ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Integration. Die Landesregierung muss gemeinsam mit Bund und Kommunen dafür sorgen, dass allen Geflüchteten ein kostenfreies Angebot an Sprachkursen offensteht, mit dem sie ihre Sprachkompetenzen ausbauen können. Entsprechende Angebote muss es auch für alle regulären Schulabschlüsse geben.

Niedersachsen braucht den arbeitsfreien Sonntag

Der arbeitsfreie Sonntag ist von sozialer und kultureller Bedeutung. Aus gutem Grund ist die Sonntagsruhe grundgesetzlich geschützt (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 139 der Weimarer Reichsverfassung). Sie muss im vollen Umfang erhalten bleiben, wirtschaftliche Interessen müssen dahinter grundsätzlich zurückstehen. Die Landesregierung muss sich gegen eine Ausweitung der Arbeitszeiten am Sonntag positionieren und Sonntagsarbeit im Rahmen klar definierter Ausnahmen eng begrenzen. Das gilt insbesondere für die Öffnungszeiten des Einzelhandels. Notwendig ist hier eine Begrenzung auf maximal vier Sonntagsöffnungen pro Jahr und Gemeinde. Außerdem müssen klare Sachgründe für mögliche Sonntagsöffnungen festgelegt werden, um Missbrauch vorzubeugen.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht mehr arbeitsfreie Feiertage

Feiertage bieten der zunehmend individualisierten Gesellschaft mehr Raum zur Orientierung an gemeinsamen Werten. Die Festlegung von Feiertagen kann durch das Land geregelt werden. Deshalb ist die Landesregierung aufgerufen, mindestens einen zusätzlich gesetzlichen Feiertag einzuführen. Mit neun Feiertagen gehört Niedersachsen gegenüber anderen Bundesländern mit bis zu 13 gesetzlich freien Tagen zu den bundesweiten Schlusslichtern. Die Bundesländer im Süden zeigen, dass man auch mit mehr Feiertagen hochproduktiv sein kann.

Für einen starken Sozialstaat

Niedersachsen braucht sozialen Zusammenhalt

Im Jahr 2015 hatten 16,5 Prozent aller Menschen in Niedersachsen ein Einkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle, das sind 0,7 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Damit sind mehr als 1,2 Millionen Menschen von Armut betroffen. Besonders alarmierend ist, dass dies die höchste Armutsquote seit Beginn der bundesweit vergleichbaren Berechnung im Jahr 2005 ist. Am stärksten von Armut betroffen sind Arbeitslose und Alleinerziehende. Enorm zugenommen hat die Altersarmut. Die Landesregierung muss aktiv der wachsenden Armut entgegentreten.

Eine wesentliche Ursache dieser Entwicklungen ist die erhebliche Verschlechterung der Leistungen der Sozialversicherungen aufgrund von politischen Entscheidungen. Unsere Gesellschaft droht, in den nächsten Jahren auseinanderzubrechen. Das muss verhindert werden. Die Landesregierung muss sich für einen Kurswechsel in der Sozialpolitik einsetzen, für einen starken Sozialstaat. Wir brauchen leistungsfähige und paritätisch finanzierte Sozialversicherungen, die bei Alter, Krankheit und Arbeitslosigkeit eine umfassende Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger garantieren.

Niedersachsen braucht längere Bezugszeiten von Arbeitslosengeld I

Der Anteil der Arbeitslosen, die Arbeitslosengeld I (ALG I) erhalten, ist stark gesunken. Viele BeitragszahlerInnen sind immer wieder kürzer als ein Jahr beschäftigt und haben daher keinen Anspruch darauf. Die Landesregierung sollte sich über den Bundesrat für einen erleichterten Zugang einsetzen: Bereits nach sechs Monaten Beschäftigung muss ein Anspruch auf ALG I entstehen. Außerdem muss die Bezugsdauer für langjährige BeitragszahlerInnen wieder auf maximal 32 Monate ausgeweitet werden.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht eine Revision von HartzIV

Die Regelsätze für das Arbeitslosengeld II (ALG II) sind nicht bedarfsdeckend. Die Landesregierung muss sich für eine deutliche Erhöhung stark machen. Die Erstattung der Wohnkosten muss in angemessener Höhe erfolgen und sich nach dem tatsächlich verfügbaren Wohnraum und den Preisen bei Neuvermietung richten. Sanktionen, die das physische Existenzminimum (zwei Drittel des Regelsatzes) oder die Kosten der Unterkunft betreffen, darf es nicht mehr geben. Die Vermittlung von Hartz IV-EmpfängerInnen in Arbeit muss die nachhaltige Überwindung von Armut zum Ziel haben. Die schnelle Vermittlung in prekäre Beschäftigung darf nicht im Vordergrund stehen. Nur tariflich entlohnte Arbeitsverhältnisse, die der Qualifikation der Arbeitslosen entsprechen, sind zumutbar.

Niedersachsen braucht die Förderung von Erwerbsloseninitiativen

Rot-Grün hat eine Förderung für niedersächsische Erwerbsloseninitiativen eingeführt. Diese erbringen wichtige Beratungsleistungen für Arbeitslose und EmpfängerInnen von Grundsicherung und Arbeitsförderung. Die Landesregierung muss die Unterstützung der Initiativen fortsetzen und finanziell aufstücken.

Niedersachsen braucht eine Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus

Der Mietmarkt hat sich in den letzten Jahren an vielen Orten verschärft, weil konstant weniger Wohnungen gebaut werden als benötigt. Vor allem in den Ballungsgebieten hat sich ein Defizit von mehreren 10.000 Wohnungen aufgebaut. Die Landesregierung muss die Bautätigkeit massiv ausweiten und bezahlbaren Wohnraum schaffen. Derzeit wird nur ein Fünftel des Bedarfs an Sozialwohnungen gedeckt. Die Situation nimmt an Brisanz zu, da jedes Jahr viele Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Der soziale Wohnungsbau würde all jenen Menschen zu Gute kommen, die darauf angewiesen sind. Das sind vor allem Haushalte mit geringem Einkommen. Dazu zählen insbesondere Alleinerziehende, Auszubildende, Geflüchtete und Studierende. Die Landesregierung ist aufgefordert, vor allem Genossenschaften und Kommunen zu fördern, um 35.000 neue Wohnungen pro Jahr zu schaffen. Dazu sollten nicht nur die vom Bund gezahlten Kompensationsmittel in Höhe von knapp 80 Mio. Euro pro Jahr eingesetzt werden, sondern auch zusätzliche Landesmittel in identischer Höhe eingesetzt werden, so dass jährlich mindestens 160 Mio. Euro für den sozialen Wohnungsbau verfügbar sind.

Niedersachsen braucht sichere Renten

Aufgrund der ab 2001 praktizierten Rentenpolitik sinkt das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung immer weiter ab und wird ohne gesetzgeberische Gegenmaßnahmen bis 2045 auf 41,6 Prozent fallen.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Schon heute liegen die Renten inflationsbereinigt deutlich niedriger als vor zehn Jahren. Die Folge ist eine steigende Altersarmut: In den letzten zehn Jahren ist die Armutsgefährdungsquote von niedersächsischen RentnerInnen von 11,6 auf 17,2 Prozent gestiegen. Frauen erhalten derzeit durchschnittlich 575 Euro Altersrente. Damit liegen sie deutlich unter der Armutsgefährdungsschwelle für Ein-Personen-Haushalte in Niedersachsen von derzeit 930 Euro. Nach dem DGB-Index „Gute Arbeit“ gehen fast vier Fünftel der Beschäftigten in Niedersachsen für die Zukunft davon aus, dass ihre gesetzliche Rente im Alter entweder gerade noch oder überhaupt nicht ausreichen wird. Nur sehr wenige Beschäftigte sind mit 64 gegenwärtig noch erwerbstätig. Bis 67 zu arbeiten, ist für viele Beschäftigte in körperlich belastenden Berufen nicht möglich. Die Landesregierung muss sich über den Bundesrat dafür einsetzen, dass das Rentenniveau in einem ersten Schritt auf seinem derzeitigen Stand von 48 Prozent stabilisiert und in einem weiteren Schritt auf ca. 50 Prozent angehoben wird. Die Rente mit 65 muss wieder für alle ArbeitnehmerInnen reguläres Renteneintrittsalter werden. Zudem sollte die geförderte Altersteilzeit wieder eingeführt werden.

Niedersachsen braucht besser ausgestattete Krankenhäuser

Seit Jahrzehnten kommt das Land Niedersachsen nicht seinen Verpflichtungen nach, für die Krankenhäuser die notwendigen Investitionsmittel zur Verfügung zu stellen. Inzwischen ist der Investitionsstau im Bereich der Krankenhäuser mit 1,6 Mrd. Euro enorm. Konsequenz: Die von den Krankenkassen u.a. für die Personalausstattung zu zahlenden Betriebsmittel werden für die Krankenhaussanierung und Neubauten „missbräuchlich“ verwendet und fehlen für die Personalgewinnung und -bezahlung. Das aufgestellte Investitionsprogramm Krankenhausbau 2016 – 2020 weist in die richtige Richtung, um den Investitionsstau anzugehen. Aber die Landesregierung muss nachhaltig die Investitionsquote von derzeit 4 Prozent auf 8-10 Prozent steigern, um den Verpflichtungen des Landes Niedersachsen nachzukommen. Niedersachsen braucht außerdem eine gesetzliche Personalbemessung, die von den Krankenhausbetreibern zwingend einzuhalten ist. So kann die unzumutbare Belastung der Beschäftigten in den Krankenhäusern gesenkt werden. Die Landesregierung muss daher in den nächsten Krankenhausplan eine verpflichtende Mindestpersonalausstattung mit Pflegekräften und ÄrztInnen für alle Krankenhäuser festlegen. Werden diese Vorgaben nicht eingehalten, muss der Versorgungsauftrag entzogen werden.

Niedersachsen braucht die Integration von Menschen mit Behinderung

Das Budget für Arbeit ist theoretisch ein gutes Instrument, um mehr Übergänge aus der Werkstatt für behinderte Menschen an den allgemeinen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. In Niedersachsen, wo das Budget für Arbeit bereits 2008 eingeführt wurde, nahmen diese Förderung aber bisher nur rund 80

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Menschen in Anspruch. Die Unternehmen müssen stärker angehalten werden, ihrer Beschäftigungspflicht von schwerbehinderten Menschen nachzukommen. Die Landesregierung muss sich im Bundesrat für eine deutliche Erhöhung der Beschäftigungsquote von Menschen mit Behinderungen einsetzen. Die Ausgleichsabgabe für Unternehmen, die keine schwerbehinderten Menschen beschäftigen, sollte erhöht werden.

Niedersachsen braucht ein besseres Behindertengleichstellungsgesetz

Das zurzeit gültige Behindertengleichstellungsgesetz ist seit 2008 in Kraft. Bereits Anfang 2014 hat der Landesbeirat für Menschen mit Behinderungen einen detaillierten Vorschlag für die Überarbeitung des Gesetzes vorgelegt. Die Landesregierung muss den Grundsatz der Inklusion in allen Lebensbereichen in einem modernen Gesetz zur Gleichstellung und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen umsetzen.

Niedersachsen braucht gute Arbeitsbedingungen in der Behindertenhilfe

Im Dezember 2016 wurde das Bundesteilhabegesetz verabschiedet. Dort wird in § 124 die tarifliche Vergütung in der Behindertenhilfe als angemessen bewertet. Für die konkrete Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes in Niedersachsen fordert der DGB eine entsprechende Regelung im Landesrahmenvertrag: Tarifliche Vergütung sind als wirtschaftlich angemessen zu akzeptieren und zu finanzieren. Den tarifgebundenen Einrichtungen der Behindertenhilfe sind bei Nachweis die Kosten für die Personalausgaben zu erstatten.

Niedersachsen braucht eine gute Altenpflege

Eine gute Altenpflege ist nur mit besseren Arbeits- sowie finanziellen und politischen Rahmenbedingungen zu haben. Dazu gehört ein besserer Personalschlüssel, wobei eine bundesweit verbindliche Regelung anzustreben ist. Kurzfristig muss der landesweit vereinbarte Personalschlüssel verbessert und an vergleichbare Bundesländer angeglichen werden. Die Pflegesätze in Niedersachsen liegen im bundesweiten Vergleich unterhalb des Durchschnitts. Die Landesregierung muss sich unter der Beachtung der Rechte der Selbstverwaltung für die Anhebung der Pflegesätze mindestens auf den Durchschnitt der westdeutschen Länder einsetzen.

Sollten Kommunen als Antwort auf gestiegene Pflegesätze nur noch die nichttarifgebundenen Pflegeheime belegen, muss die Landesregierung ihren Einfluss auf die Kommunen wahrnehmen. Die Landesregierung muss sich darüber hinaus auch weiterhin für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag in der Altenpflege einsetzen.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht eine gute Ausbildung in den Pflegeberufen

Die niedersächsische Landesregierung hat in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen, die Ausbildung in der Altenpflege attraktiver zu machen, um dem Fachkräftemangel entgegen zu wirken. Weitere Maßnahmen müssen folgen: Die schon in 2015 verabschiedete Verordnung zur Ausbildungsumlage in der Altenpflege darf nicht weiter verzögert werden und muss sofort eingerichtet werden. Es müssen weitere Anstrengungen unternommen werden, die praktische Ausbildung in den Einrichtungen durch verbindliche Vorgaben zur Praxisanleitung zu verbessern. Es muss vereinfachte Möglichkeiten einer Weiterqualifizierung zur Pflegefachkraft und die schnellere Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse geben. Die Landesregierung muss sich auf der Bundesebene bei der Reform des Pflegeberufgesetzes für das Modell der integrierten Pflegeausbildung mit einer gemeinsamen Grundausbildung und einer nachfolgenden Spezialisierung einsetzen. Die Mitbestimmung im praktischen Teil der Ausbildung muss gesichert werden.

Niedersachsen braucht keine Pflegekammer

Der niedersächsische Landtag hat am 12. Dezember 2016 trotz breiten Protesten von Gewerkschaften und Arbeitgebern die Einrichtung einer Pflegekammer beschlossen. Die Pflegekammer wird die Probleme in der Pflege – schlechte Bezahlung, Personalnot – nicht lösen. Durch Pflichtmitgliedschaft und Zwangsbeiträge werden die Pflegekräfte noch zusätzlich belastet und die Arbeit in der Pflege wird unattraktiver für die dringend benötigten Fachkräfte. Die Landesregierung muss die Pflegekammer sofort wieder auflösen.

Für einen starken öffentlichen Dienst

Niedersachsen braucht eine starke öffentliche Daseinsvorsorge

Leicht erreichbare und zuverlässige Verwaltungen, ein gut funktionierender öffentlicher Nahverkehr oder öffentliche Dienstleistungen wie die Müllabfuhr oder die Energieversorgung haben einen hohen Gebrauchswert und maßgeblichen Einfluss auf die Lebensqualität der Menschen in Niedersachsen. Die Landesregierung muss sich für einen zukunftsfähigen öffentlichen Dienst stark machen.

In den letzten zwei Jahrzehnten wurden öffentliche Aufgaben auch in Niedersachsen privatisiert. Öffentliche Einrichtungen sind so umgestaltet worden, dass sie der Logik der Profitorientierung folgen. Die Versprechen dieser Politik, wie Kostenersparnisse, mehr Effizienz und Entbürokratisierung haben sich nicht erfüllt. Stattdessen haben die gewählten VertreterInnen auf viele Prozesse oft keinen Einfluss

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

mehr. Privatisierungen und Verwaltungsreformen haben Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten verschlechtert und Entscheidungsprozesse entdemokratisiert.

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst leisten wertvolle und unverzichtbare Arbeit. Personalabbau und Arbeitsverdichtung haben zu einer Situation geführt, durch die in einigen Aufgabenbereichen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes deutlich eingeschränkt ist. Den Beschäftigten fehlt schlichtweg Zeit. Die Landesregierung muss zwingend in neues Personal und in die Qualifizierung von Beschäftigten investieren. Sie muss dafür sorgen, dass im öffentlichen Dienst und bei der Erbringung öffentlicher Aufgaben wieder stärker eine Logik einkehrt, die sich am Gemeinwohl orientiert.

Niedersachsens Behörden brauchen Gute Arbeit

Gut ausgebildete, motivierte Beschäftigte sind die Basis für eine erfolgreiche Arbeit der Landesverwaltung. Sie brauchen verlässliche Perspektiven und mehr Wertschätzung für die geleistete Arbeit. Die Landesregierung muss die Beteiligung der Beschäftigten auf Augenhöhe stärken. Ziel muss eine Kultur der Transparenz und des verwaltungsinternen Austauschs sein. In den vergangenen Jahren war eine deutliche Zunahme an befristeten Arbeitsverhältnissen zu verzeichnen. Die Praxis der sachgrundlosen Befristung ist einzustellen.

Niedersachsens BeamtInnen brauchen Verhandlungen auf Augenhöhe

Das Land Niedersachsen hat sich 2014 von der jahrzehntelang geübten Praxis verabschiedet, die Tarifanpassungen für die Landesbeschäftigten zeit- und wirkungsgleich auf die BeamtInnen des Landes zu übertragen. Die Besoldung wird bereits vor dem Abschluss der Tarifrunde für die Angestellten der Länder festgelegt. Die Besoldung koppelt sich damit von den Tarifentwicklungen der Länder ab. Die Landesregierung darf Besoldungsentscheidungen nicht einseitig – und nach Kassenlage – treffen. Sie muss auf Augenhöhe mit dem DGB als Spitzenorganisation der Beamtinnen und Beamten darüber verhandeln.

Niedersachsens BeamtInnen brauchen Urlaubs- und Weihnachtsgeld

Im Jahr 2006 wurde für fast alle niedersächsischen BeamtInnen die Jahressonderzahlung (Urlaubs- und Weihnachtsgeld) gestrichen. Seit 2008 wird jeweils im Dezember lediglich für aktive Beamtinnen und Beamten der Besoldungsgruppen A 2 bis A 8 eine jährliche Sonderzahlung in Höhe von 420 Euro gezahlt. Die Landesregierung muss Jahressonderzahlungen wieder für *alle* Besoldungsgruppen einführen.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht die Stärkung des Polizeiberufs

Die Polizei muss personell und materiell in der Lage sein, ihre Aufgaben zu erfüllen und die Bürgerinnen und Bürger zu schützen. Um die innere Sicherheit in Niedersachsen auch weiterhin zu gewährleisten, muss die Landesregierung die Attraktivität des Polizeiberufs stärken. Das Land als Arbeitgeber muss den bei Polizei Beschäftigten mehr Anerkennung zollen. Sowohl Besoldung als auch Versorgung der PolizeibeamtInnen muss ihrer gefährlichen und engagierten Tätigkeit besser gerecht werden. Damit die Polizeiexekutive ihre Arbeit professionell erfüllen kann, ist sie auf eine gut aufgestellte Polizeiverwaltung angewiesen. Daher sind Perspektiven auch für die bei Polizei tätigen VerwaltungsbeamtInnen und Angestellten notwendig, damit Erfahrungswissen im Polizeibereich verbleibt und die Fachkräfte nicht in andere Bereiche abwandern.

Niedersachsen braucht eine nachhaltige Personalplanung

Massiver Stellenabbau, eine veränderte Altersstruktur der Beschäftigten und Nachwuchsmangel gefährden die Handlungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes. In den nächsten zwanzig Jahren scheiden über 50 Prozent der Beschäftigten altersbedingt aus. Die Landesregierung muss den öffentlichen Dienst bedarfsgerecht mit Personal ausstatten. Dazu muss der Personalbedarf anhand der tatsächlich zu erledigenden Aufgaben analysiert werden. Eine Weiterentwicklung der regelmäßigen Personalstrukturanalysen und eine bindende Personalbedarfsplanung sind erforderlich.

Niedersachsen braucht qualifizierten Nachwuchs

Die Landesregierung ist als Arbeitgeber gefordert, in der Landesverwaltung verstärkt auszubilden. Das Land hat bei der Qualifizierung junger Menschen Vorbildfunktion und muss für eine angemessene Bezahlung während Ausbildung oder Studium sorgen. Der Wissenstransfer zwischen Alt und Jung ist zu gewährleisten. Der Überalterung der Landesverwaltung ist mit vorausschauender Nachwuchsgewinnung in Verbindung mit realisierbaren Möglichkeiten zum vorzeitigen Ausscheiden aus dem Arbeitsleben (z. B. mit Altersteilzeit im Block- und Teilzeitmodell) entgegenzuwirken.

Für gleiche Bildungschancen

Niedersachsen braucht gleiche Bildungschancen

Das Land Niedersachsen hat im Bildungsbereich seit der Föderalismusreform im Jahr 2006 große Gestaltungsmöglichkeiten und muss diese stärker nutzen. Die chronische Unterfinanzierung im öffentlichen Bildungs- und Hochschulwesen muss ein Ende haben.

Gute Bildung ist die Voraussetzung für eine aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft. Ungleich verteilte Bildungschancen sind ein massives Problem. Die Konsequenzen von Bildungsarmut können fatal sein: fehlende Berufsausbildung, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung. Für die Gesellschaft ist das teuer, vor allem jedoch ist es ungerecht, weil es Menschen ausschließt.

Der Anteil der Menschen zwischen 30 und 34 Jahren, die über einen Hochschulabschluss verfügen, ist in Niedersachsen zwischen 2005 und 2014 von 32 auf 40 Prozent gestiegen. Allerdings bleibt ein großer Teil der Bevölkerung von dieser Entwicklung ausgeschlossen. Insgesamt machen 4,9 Prozent der SchülerInnen keinen Abschluss. Bei den Hauptschulen sind es bereits 10 Prozent. Bei SchülerInnen mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit schließen 12,2 Prozent die Schule nicht ab. Dadurch verfestigt sich die Ungleichheit.

Nicht alleine Begabung oder Eignung entscheiden über den individuellen Bildungsverlauf, sondern vor allem die soziale, geografische oder ethnische Herkunft. Das darf nicht sein.

Das Bildungssystem in Niedersachsen braucht ein neues Leitmotiv: Niemand darf verloren gehen, Bildungschancen müssen gerecht verteilt werden. Die neue Landesregierung muss sie die Beseitigung von Ungleichheit als bildungspolitisches Ziel in den Vordergrund stellen. Die Durchlässigkeit des Bildungssystems, eine gute individuelle Förderung schon vom Kita-Alter an und die Anschlussfähigkeit von Bildungsabschlüssen müssen stärker im Fokus stehen.

Bildung ist ein öffentliches Gut, der Zugang darf nicht vom Geldbeutel abhängig sein.

Für frühkindliche Förderung

Niedersachsen braucht eine hochwertige Kinderbetreuung

Die ersten Lebensjahre prägen das Lernverhalten. Die neue Landesregierung muss die Kinderbetreuung deutlich stärker ausbauen. Der Personalschlüssel in Krippen und Kindertagesstätten (Kitas) sowie das Angebot an Ganztagsplätzen ist weiter zu verbessern. Rot-Grün hat zwar die dritte Kraft in den Krippen eingeführt, diese Verbesserung der Betreuungsqualität der unter Dreijährigen kann aber nur als erster

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Schritt gelten. Niedersachsen braucht ein Netz qualitativ hochwertiger und professioneller Kinderbetreuung, das den Bedarf abdeckt. Betriebskindergärten sind unerlässlich, und damit stärker zu fördern.

Niedersachsen braucht ein neues Kita-Gesetz.

Nur durch ein Gesetz haben Eltern Anspruch auf landesweite und trägerübergreifende Standards. Es braucht verbindliche klare Regeln für Gruppengrößen sowie Standards für die Finanzierung und die personelle, räumliche und sachliche Ausstattung. Die Landesregierung muss für alle Eltern Kostenfreiheit schaffen, sowohl für die Betreuung der Kinder unter drei Jahren als auch für die sich anschließende Zeit in den Kindertagesstätten. Gleichzeitig müssen die Standards für die Kita-Qualität verbessert werden.

Niedersachsen braucht mehr Personal in Kitas

Das geltende Betreuungsverhältnis hat zur Folge, dass bis zu 25 Kinder von zwei pädagogischen Fachkräften betreut werden. Das muss in allen Gruppen deutlich verbessert werden. Die neue Landesregierung muss den Fachkräfteausbau in den Kindertagesstätten stärker vorantreiben. Das Personal muss mehr Anerkennung für die geleistete Arbeit und eine bessere Bezahlung erhalten. Die Landesregierung muss dafür Sorge tragen, dass ausreichend Ausbildungsplätze geschaffen und pädagogische Fachkräfte in ausreichender Zahl eingestellt werden.

Für gemeinsames Lernen

Niedersachsen braucht Schulen, die Ungleichheit bekämpfen

Schulen sind das Herzstück des Bildungssystems. Sie sind gefordert, Kinder und Jugendliche dabei zu unterstützen, in der Arbeits- und Lebenswelt von heute handlungsfähig zu sein. Niedersachsen braucht keine Schulen, die Ungleichheit in Beton gießen. Niedersachsen braucht Schulen, die alle SchülerInnen fördern und einbinden. Das dreigliedrige Schulsystem wird dem nicht gerecht. Rot-Grün ist schulpolitisch in die richtige Richtung gegangen. Die Landesregierung muss diese Reformen konsequent weiterführen.

Das öffentliche Schulwesen hat einen hohen Wert in einer demokratischen Gesellschaft. Die Schule der Zukunft ist ausreichend finanziert und verfügt über Planungssicherheit. Sie muss bedarfsgerecht sowie unbürokratisch organisiert und verwaltet werden. Schulen müssen uneingeschränkt in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Das Schulwesen darf nicht zur Spielwiese für private Anbieter mit kommerziellen Interessen werden.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht inklusive Schulen

Jedes Kind hat das Recht auf bestmögliche Förderung – gemeinsam mit allen anderen. Ein inklusives Schulsystem ist eine Bereicherung für *alle* Schülerinnen und Schüler. Inklusiver Unterricht kann gelingen, wenn die neue Landesregierung die inklusive Schule massiv stärkt. Nur durch eine ausreichende Finanzierung der inklusiven Schulen kann ein passendes Lernumfeld geschaffen werden. Dazu gehört, dass die personelle und räumliche Ausstattung deutlich verbessert wird. Die Lehrkräfte, aber auch die SchülerInnen müssen entlastet werden. Die Barrierefreiheit aller Schulen muss gewährleistet sein.

Niedersachsen braucht eine Schule für alle

Kinder und Jugendliche sollen individuell gefördert werden, damit sie ihre Stärken erkennen und Schwächen abbauen können. Deshalb braucht es eine Schule für alle Kinder bis einschließlich einer verpflichtenden zehnten Klasse. Außerdem müssen Unterrichtskonzepte weiterentwickelt werden, die das gemeinsame Lernen aller in Lerngruppen ermöglichen. Die Ausbildung von LehrerInnen muss besser auf Herausforderungen wie Chancenungleichheit und ungleiche Ausgangsbedingungen vorbereiten. Die Integrierte Gesamtschule muss Regelschule werden.

Die Trennung in Schulzweige ist pädagogisch schädlich. Die Oberschule konserviert die Drei- bzw. Viergliedrigkeit unter einem Dach. Für die SchülerInnen, bleibt es, anders als an Integrierten Gesamtschulen, bei der strikten Einteilung in HauptschülerInnen, RealschülerInnen und GymnasiastInnen. Die Landesregierung muss diese schulzweigspezifische Organisation abschaffen.

Niedersachsen braucht bessere Unterrichtsversorgung

Es braucht mehr Lehrerstellen, sonst kommt es zu einem regionalen Ungleichgewicht. Die Beschulung in der Fläche muss gewährleistet werden. Die materielle und personelle Ausstattung der Schulen ist deutlich zu verbessern. Die Zahl der Ganztagschulen muss weiter erhöht, alle Schulen müssen zu Ganztageseinrichtungen ausgebaut werden. Notwendig sind pädagogisch umfassende Ganztagskonzepte. Es ist unzureichend, Halbtagschulen nur um ein Nachmittagsangebot zu ergänzen.

Niedersachsen braucht Lernmittelfreiheit

Schulbücher können in Niedersachsen nur gegen eine Gebühr von der Schule ausgeliehen werden. Die Landesregierung muss sie den SchülerInnen wieder kostenlos zur Verfügung stellen. Eltern und Kinder aus sozial schwächeren Schichten müssen bei den sonstigen Schulbedarfskosten deutlich entlastet werden. Diese Kosten für Ranzen, Atlanten oder Arbeitsmittel wie Stifte, Taschenrechner und Bastelutensilien belaufen sich in Niedersachsen im Durchschnitt auf über 214 Euro pro Schuljahr. In einzelnen Schul-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

formen und in einzelnen Klassenstufen liegen sie noch deutlich darüber. Im Zuge der Digitalisierung werden für Eltern zusätzliche Kosten entstehen. Das Schulbedarfspaket von 100 Euro pro Jahr, welches beantragt werden kann, deckt die realen Kosten nicht annähernd. Diese Deckungslücke muss aus Landesmitteln geschlossen werden. Junge Menschen müssen zuverlässig und kostenlos zu ihren Schulen gelangen können. Die Landesregierung muss die kostenfreie Schülerbeförderung bis zum jeweiligen Schulabschluss garantieren.

Für zukunftsgerichtete berufliche Bildung

Niedersachsen braucht bessere Berufsschulen

Die Unterrichtsversorgung an den berufsbildenden Schulen ist mit unter 90 Prozent ein Problem. An vielen Schulen fehlen Lehrkräfte. Es bedarf zusätzlicher Lehrkräfte, um eine Unterrichtsversorgung von über 100% zu gewährleisten. Das Lehramt an Berufsbildenden Schulen muss attraktiver werden, besonders in den sog. Mangelfachrichtungen. Dazu gehört eine angemessene Vergütung im Vergleich zu den anderen Bundesländern.

Eine moderne technische Ausstattung muss den Anforderungen der Berufsbildung 4.0 gerecht werden. Die Landesregierung muss die im niedersächsischen Schulgesetz vorgesehene inklusive Schule konsequent auch an Berufsschulen umsetzen und entsprechende personelle Ressourcen zu Verfügung stellen. Ebenso muss die sozialpädagogische Betreuung an den berufsbildenden Schulen ausgebaut und verstetigt werden. Auch für Auszubildende sollte die Lernmittelfreiheit gelten. Die Schulen sollen möglichst große Freiheiten für ihre pädagogische Entwicklung erhalten und mit möglichst wenig Bürokratie belastet sein. Entscheidungen, die ihre Arbeit betreffen, sollen weitgehend in eigener Verantwortung getroffen werden können. Dazu ist es notwendig, dass die Gesamtschulkonferenz wieder das beschließende Organ wird.

Eine zentrale Steuerung der Lehrerversorgung durch das Land ist unabdingbar für eine ausgewogene Berufsbildung in einem Flächenland wie Niedersachsen. Dazu braucht es ein Konzept, mit dem Steuerungsmaßnahmen zur Sicherung der beruflichen Bildung in der Fläche entwickelt werden. Bildungsgänge müssen auch über die Grenzen der Schulträger hinweg angeboten werden, so dass Ressourcen gerecht verteilt werden und die Qualität der Ausbildung durch eine moderne Ausstattung gewährleistet wird.

Für ein Recht auf Ausbildung

Niedersachsen braucht qualifizierte Fachkräfte

Jahr für Jahr finden viele SchulabgängerInnen keinen Ausbildungsplatz. Das Angebot an Ausbildungsstellen reicht in Niedersachsen bei weitem nicht aus – im Jahr 2016 fehlten 15.400 Ausbildungsplätze für ein auswahlfähiges Angebot. Daher brauchen wir ein Recht auf Ausbildung für die Jugend. Die neue Landesregierung muss den Übergang von der Schule in den Beruf grundlegend reformieren.

Niedersachsen braucht mehr gute Ausbildungsplätze

Das Angebot an Ausbildungsstellen muss erhöht werden. Auf Branchenebene sollte ein Umlagesystem für die Ausbildungskosten eingeführt werden. Ein solches besteht in der Bauwirtschaft seit 40 Jahren mit großem Erfolg: Dies ist die Branche mit der höchsten Ausbildungsquote. Rot-Grün hat mit der Pflegebranche einen guten Anfang gemacht. Die Landesregierung muss auch andere Branchen einbeziehen.

Niedersachsen braucht reformierte Einstiegssysteme und öffentlich geförderte Ausbildungsplätze

Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, müssen in einer einjährigen Berufsfachschule ein ggf. anrechenbares erstes Ausbildungsjahr absolvieren können. Jugendliche mit Defiziten, die den erfolgreichen Besuch einer einjährigen Berufsfachschule nicht erwarten lassen, brauchen Fördermaßnahmen zur Vorbereitung auf eine Ausbildung, zum Beispiel das Berufsvorbereitungsjahr, Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit und Jugendwerkstätten. Falls Schülerinnen und Schülern während bzw. nach Ablauf des Berufsfachschuljahres der Sprung in eine reguläre Ausbildung nicht gelingt, müssen sie die begonnene Ausbildung weiterführen und – bei dualen Ausbildungsberufen mit Kammerprüfung – abschließen können. Die Ausbildungsmöglichkeiten dürfen betriebliche Ausbildungsplätze nicht verdrängen. Hierüber müssen die Wirtschafts- und Sozialpartner gemeinsam befinden. Ein möglichst schneller Wechsel in das reguläre System der Berufsausbildung muss das Ziel sein. In einem ersten Schritt sollte die Landesregierung die Mittel für 3.000 außerbetriebliche Ausbildungsplätze bereitstellen.

Niedersachsen braucht nachhaltige Berufs- und Lebensweltorientierung

Voraussetzung dafür ist eine erfolgreiche Berufswegeplanung durch eine grundlegende Berufsorientierung spätestens ab der achten Klasse in allen Schulformen. Alle Schülerinnen und Schüler müssen am

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Ende ihrer allgemeinbildenden Schulzeit eine begründete, ihren Interessen und Fähigkeiten entsprechende Berufs- oder Studienwahl treffen können. Berufsorientierung darf sich nicht nur auf den Arbeitsmarkt ausrichten, sondern soll die eigenständige Lebensgestaltung fördern und gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen.

Niedersachsen braucht Jugendberufsagenturen

Die Informations- und Beratungsangebote für Jugendliche sind vielfältig. Es fehlt jedoch vor Ort eine zentrale Anlaufstelle, in der sich alle relevanten AkteureInnen im Rahmen des Übergangs Schule - Beruf wiederfinden. Die Landesregierung muss mithelfen, dass die bestehenden Einrichtungen Bundesagentur für Arbeit, Jugendhilfe und Grundsicherungsstellen ihre Arbeit in regionalen Jugendberufsagenturen bündeln und möglichst an einer Stelle anbieten. Der Aufbau von Jugendberufsagenturen muss flächendeckend erfolgen. Alle SchülerInnen müssen in ihrem letzten Jahrgang der allgemeinbildenden Schule von einer Jugendberufsagentur erfasst und bis zum Beginn von Ausbildung oder Studium begleitet werden.

Für attraktive und demokratische Hochschulen

Niedersachsen braucht Qualität in Forschung und Lehre

Niedersachsen braucht Hochschulen, die dem Gemeinwohl sowie sozialen und demokratischen Prinzipien verpflichtet sind. Die niedersächsischen Hochschulen sind durch ihre Forschung Innovationsmotor, sie bewerten technologische und ökologische Risiken und sind ein wichtiger Reflexionsraum gesellschaftlicher Entwicklungen. Niedersachsen braucht die Spitzenleistungen seiner Hochschulen. Wenn sie diese auch in Zukunft erbringen sollen, muss die Landesregierung investieren und die Grundfinanzierung deutlich ausbauen. Die Hochschulen müssen mit viel mehr Engagement die Qualität von Studium und Lehre verbessern, durch den wachsenden Fokus auf Drittmittelforschung fällt das zu oft unter den Tisch. Vielerorts fehlen Ressourcen und gute Rahmenbedingungen für ein gutes Studium, die Abbrecherzahlen sprechen eine deutliche Sprache.

Niedersachsens Hochschulen brauchen Gute Arbeit

Über 80 Prozent der wissenschaftlichen Beschäftigten an niedersächsischen Hochschulen haben befristete Arbeitsverträge, im nicht-wissenschaftlichen Bereich nimmt diese Tendenz ebenfalls zu. Dieser Befristungswahn muss beendet werden. Rot-Grün ist es nicht gelungen, die Zahl befristeter Arbeitsver-

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

hältnisse über Zielvereinbarungen zwischen Land und Hochschule maßgeblich zu verringern. Die Landesregierung muss einen anderen Weg beschreiten und einheitliche, verbindliche Regeln und Sanktionsmöglichkeiten für den Fall schaffen, dass Hochschulen ihrer Verantwortung nicht gerecht werden.

Niedersachsen braucht demokratische Hochschulen

Die Reformen der letzten Jahre standen unter dem Banner der unternehmerischen Hochschule und haben vor allem die Autonomie der Hochschulleitungen gegenüber ihren Einrichtungen gestärkt. Zur Weiterentwicklung und Steuerung der Hochschulen braucht es Mitbestimmung, die alle Mitglieder der Hochschule berücksichtigt. Alle vier Mitgliedsgruppen (ProfessorInnen, wissenschaftlicher Mittelbau, Beschäftigte aus Technik und Verwaltung, Studierende) sollen paritätische Entscheidungsrechte in Senat und Fakultätsrat erhalten. Niedersächsische Hochschulen müssen unabhängig forschen und lehren. Hochschul- und Stiftungsräte sind für die Hochschulsteuerung nicht legitimiert.

Niedersachsen braucht offene Hochschulen

Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass die Rahmenbedingungen der „Offenen Hochschule Niedersachsen“ verbessert werden und auf die Hochschulen zur Umsetzung einwirken. Es braucht zudem sinnvolle und tragfähige Angebote für Teilzeitstudierende. Die Lern- und Arbeitsbedingungen in Betrieben und an den Hochschulen müssen an die Bedürfnisse von Berufstätigen, die sich für ein Studium interessieren, angepasst sein. Hochschulen, Betriebe und Erwachsenenbildungseinrichtungen müssen stärker kooperieren.

Niedersachsen braucht keine Langzeitstudiengebühren

Die Landesregierung muss auch die Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro pro Semester abschaffen. Sie belasten Studierende zusätzlich zu den sehr hohen Einschreibe- und Verwaltungsgebühren der Hochschulen.

Niedersachsen braucht keine Stiftungshochschulen

Seit 2003 gibt es in Niedersachsen fünf Hochschulen in der Trägerschaft einer Stiftung öffentlichen Rechts: Die mit ihnen verbundenen Hoffnungen haben sich nicht erfüllt. Stiftungshochschulen sind zwar noch immer von staatlicher Finanzierung abhängig, die Landesregierung verlor allerdings Möglichkeiten der Einflussnahme gegenüber der Hochschule. Die Landesregierung muss weitere Umwandlungen von Hochschulen in Stiftungen verhindern.

Für eine moderne Erwachsenenbildung

Niedersachsen braucht eine starke Landeszentrale für politische Bildung

Seit Januar 2017 gibt es in Niedersachsen wieder eine Landeszentrale für politische Bildung. Ihre Wiedereinrichtung ist zu begrüßen. Sie kann einen wesentlichen Beitrag leisten, gesellschaftliche Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit oder Solidarität zu festigen und zu transportieren. Dafür muss allerdings sichergestellt werden, dass sich in ihrem Lenkungsgremium (Kuratorium) wichtige gesellschaftliche Gruppierungen wie Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände wiederfinden. Die alleinige Besetzung durch die im Parlament vertretenden Parteien ist vollkommen ungenügend und muss von der Landesregierung korrigiert werden. Des Weiteren wird der Erfolg der Landeszentrale grundlegend von der Ausgestaltung der Rahmenbedingungen abhängen. Die Landesregierung steht vor der Aufgabe, die Landeszentrale langfristig und angemessen zu finanzieren und auszustatten. Die Landeszentrale braucht Ressourcen für operative Arbeit und Projekte.

Niedersachsen braucht mehr Mittel für konkrete politische Bildung

Unsere Gesellschaft ist durch eine zunehmende soziale Spaltung und eine deutliche Polarisierung gekennzeichnet. Menschenfeindlichkeit und Rassismus zeigen sich bei Demonstrationen, in sozialen Medien, aber auch in Schule, im Betrieb oder im Bekanntenkreis. Wenn RechtspopulistInnen lauthals ihre einfachen Lösungen für komplexe gesellschaftliche Probleme verkünden, setzt politische Bildung dem die Förderung der Fähigkeit zu differenzierter Analyse und zu selbständiger Urteilsbildung entgegen.

Niedersachsen braucht verbesserte Weiterbildungsmöglichkeiten

Niedersachsen muss das System der Erwachsenenbildung stärken. Die Leistungen der niedersächsischen Erwachsenenbildung, insbesondere bei der Integration von Flüchtlingen (etwa bei Sprachschulungen) müssen auch nachhaltig eingeführt werden. Deshalb sind die Sondermittel für die Erwachsenenbildung zu erhöhen. Der DGB unterstützt die Forderung der Bestandsaufnahme der Erwachsenenbildung, die im Auftrag des Landtages erstellt wurde, für den Erwachsenenbereich 1 Prozent des Bildungshaushaltes zur Verfügung zu stellen. Die Landesregierung ist aufgefordert, die Bildungsurlaubskultur zu stärken.

Niedersachsen braucht einen starken zweiten Bildungsweg

Der zweite Bildungsweg ist zentral für eine bessere Durchlässigkeit des Bildungssystems und mehr Chancengleichheit in der Bildung. Die Landesregierung muss Kurse zum nachträglichen Erwerb von

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Schulabschlüssen aus sozial- und bildungspolitischen Gründen weiter fördern. Auch für die TeilnehmerInnen dieses Bildungswegs muss die Schulgeldfreiheit gelten.

Für eine soziale, demokratische und sichere Gesellschaft

Niedersachsen braucht politische Orientierung

In Deutschland und in vielen Ländern Europas haben rechtspopulistische Parteien an Bedeutung gewonnen. Erfolgreich sind sie, weil sich viele Menschen durch die etablierten Parteien nicht mehr repräsentiert fühlen.

In den letzten Jahrzehnten gab es einen massiven Angriff auf den Sozialstaat. Die Sorge vor sozialem Abstieg ist in das Leben von weiten Teilen der Bevölkerung eingesickert. RechtspopulistInnen nutzen diese Verunsicherung aus und spielen mit den Ängsten der Menschen. Sie machen Geflüchtete zu Sündenböcken für die zunehmende soziale Spaltung, verunglimpfen sowohl Medien als auch Politik und bieten nur simple Antworten auf schwierige Zukunftsfragen. Dagegen muss die Landesregierung konsequent Stellung beziehen und für eine soziale, demokratische und weltoffene Gesellschaft streiten. Zwingend notwendig ist eine politische Agenda, die die sozialen Sorgen von Menschen ernst nimmt und spürbare Verbesserungen herbeiführt. Die Landesregierung muss ein glaubwürdiges Angebot machen, indem sie soziale Standards ausweitet – etwa mit Blick auf bezahlbaren Wohnraum oder Bildung. Wer eine lebendige und soziale Demokratie verteidigen will, muss Diskussionsprozesse stärker öffnen. Die Menschen in Niedersachsen haben Anspruch auf ein Leben in Sicherheit. Jeder Form von Ausgrenzung, Extremismus und Fanatismus muss von allen Verantwortlichen, von der Politik bis zu Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden sowie Betriebs- und Personalräten und Unternehmensleitungen entschieden entgegengetreten werden. Hier kommt allen gesellschaftlichen Gruppierungen eine entscheidende Rolle zu. Diese muss die Landesregierung aktiv fördern und unterstützen. Sicherheit ist nicht nur polizeiliche Arbeit. Neben guter Bildung, Investitionen in soziale Sicherheit und gegen Arbeitslosigkeit ist auch eine stärkere staatliche Unterstützung von Vereinen und Ehrenamtlichkeit dringend notwendig. In den Vereinen, meist durch Ehrenamtliche, wird mit der Grundstein für Gemeinsinn und gegen Hass gelegt. In einer Zeit, in der RechtspopulistInnen versuchen, junge Menschen für ihre ausgrenzenden Parolen zu ködern, ist das extrem wichtig.

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

Niedersachsen braucht einen konsequenten Kampf gegen Intoleranz und Rassismus

Brandanschläge auf Unterkünfte von Geflüchteten, Hakenkreuzschmierereien, rechte Hetze im Internet: In Niedersachsen hat rechte Gewalt massiv zugenommen. Die Zahl rechter Straftaten ist laut Statistik des niedersächsischen Innenministeriums um fast 50 Prozent angestiegen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass der Kampf gegen Rechtsextremismus intensiv fortgeführt werden muss. Die Landesregierung ist aufgefordert, jegliche Form von Extremismus, Rassismus und Intoleranz konsequent zu bekämpfen. Präventionsmaßnahmen wie verstärkte Jugend- und politische Bildungsarbeit sind erforderlich.

Niedersachsen braucht bürgerschaftliches Engagement

Wählen ist gut, mitmachen ist besser! Immer wieder gibt es Kristallisationspunkte, an denen die Bevölkerung durch unkonventionelle Partizipationsformen politische Fehlentscheidungen korrigieren kann. In Niedersachsen gibt es ein buntes Netz zivilgesellschaftlicher Infrastruktur. Dieses bietet die Möglichkeit, die Demokratie jenseits von Wahlterminen zu beleben. Die Landesregierung muss die Arbeit von Bürgerinitiativen, Studierendengruppen, Nicht-Regierungs-Organisationen und nicht zuletzt auch von Gewerkschaften aktiv unterstützen.

Jeder Bürger, jede Bürgerin kann dazu beitragen, dass das Miteinander in unserer Gesellschaft gestärkt wird. Das bürgerliche Engagement muss von der Landesregierung durch öffentliche Aktionen und durch unterschiedliche Formen der Unterstützung stärker in den Mittelpunkt gerückt werden.

Niedersachsen braucht ein Wahlrecht ab 16

Um junge Menschen stärker an politischen Diskussionen und Entscheidungen zu beteiligen und damit ihre Perspektive mehr Berücksichtigung findet, ist die Landesregierung aufgefordert, das Wahlrecht ab 16 Jahren zu schaffen.

Niedersachsen braucht mehr Jugendförderung

Die Beteiligung junger Menschen ist ein zentraler Baustein für ein solidarisches Gemeinwesen. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene brauchen jugendgerechte Strukturen, um sich verwirklichen und demokratisches Handeln frühzeitig erleben zu können. Als Träger der außerschulischen Bildungsarbeit sind Jugendverbände für die Erfahrung von Demokratie, Mitbestimmung und Beteiligung zentrale Orte. Hier lernen und leben Jugendliche Partizipation und Selbstorganisation.

Jugendarbeit ist undenkbar ohne ehrenamtliches Engagement. Die Landesregierung muss für eine professionelle Unterstützung von Ehrenamtlichen sorgen. Das Jugendförderungsgesetz ist eine bewährte Grundlage für eine qualifizierte Jugendarbeit. Die Landesregierung muss die Fördermittel fortschreiben

Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes Landtagswahl 2017

und der tatsächlichen Kostensteigerung der letzten Jahrzehnte anpassen. Insbesondere die Bildungsmittel müssen spürbar erhöht werden. Die Förderung muss unbürokratisch gestaltet werden.

Niedersachsen braucht Sicherheit

Die Vielfältigkeit unseres Bundeslandes erfordert, dass die Polizei landesweit gut aufgestellt ist. Flächendeckende und ausreichende Polizeipräsenz ist nicht nur in Städten, sondern auch auf dem Land erforderlich. Es ist Aufgabe des Staates, die innere Sicherheit zu garantieren, er hat das Gewaltmonopol und setzt dieses mit der Polizei durch. Private Sicherheitsdienste können und dürfen dabei nur unterstützen. Der DGB lehnt Bürgerwehren entschieden ab.

Das Sicherheitsgefühl vieler Menschen ist in den heutigen Zeiten sehr fragil. Die polizeiliche Kriminalstatistik ist, wie der Begriff schon sagt, nur eine Statistik, Opfern von Straftaten hilft sie wenig. Gerade im Bereich der Eigentumskriminalität ist die Angst groß. Menschen, bei denen eingebrochen wurde, sind oft traumatisiert und wechseln sogar ihr Zuhause. Die Landesregierung muss stärkere präventive und repressive Aktivitäten entwickeln. Die Justiz muss ihre zur Verfügung stehenden Entscheidungsspielräume konsequent ausnutzen.

Niedersachsen braucht Medienvielfalt

Vielfältige Medien sind eine wichtige Grundlage für Information und Meinungsbildung in einer demokratischen Gesellschaft. Die Nutzerinnen und Nutzer müssen kompetent und verantwortungsvoll mit ihnen umgehen können.

Die Landesregierung muss die unabhängige Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Sender stärken; diese tragen wesentlich zu Qualität und Vielfalt der Medienlandschaft bei. Ihre Staatsferne muss erhalten, Entwicklungsmöglichkeiten ausgebaut werden. Parlament und Landesregierung sind aufgefordert, sich für eine angemessene und zukunftsorientierte Finanzierung einzusetzen. Im Rahmen der Rundfunkkommission der Länder muss Niedersachsen darauf hinwirken, dass öffentlich-rechtliche Sender sich auf allen Verbreitungswegen angemessen entwickeln können.

Bürgersender sind wichtige lokale Berichterstatter und vermitteln Medienkompetenz. Die Landesregierung muss den Bürgerrundfunk deshalb weiter schützen und ausbauen.

Prekäre Beschäftigung hat auch unter Medienschaffenden zugenommen. Deshalb muss die Landesregierung bei der Vergabe von Medienförderungen sicherstellen, dass die Kriterien Guter Arbeit im Medienbereich erfüllt werden.